

# Belastendes Gesamtbild

**TERROR** Vor fast 17 Jahren explodierte eine Bombe auf dem S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf, zehn Osteuropäer wurden teils schwer verletzt. Der Täter blieb verschwunden. Nun nahm die Polizei einen 50-jährigen Mann fest

VON KONRAD LITSCHKO

BERLIN taz | Es war ein wohl eher tristes Leben, das Ralf S. zuletzt führte. Einsame Spaziergänge mit seinen Hunden, ein Sorge-rechtsstreit mit seiner Exfrau, eine schlecht laufende Sicherheitsfirma. Am Dienstagabend wurde es noch trister. Da stand die Polizei vor der Tür der Wohnung des 50-Jährigen in Ratingen bei Düsseldorf und verhaftete ihn.

Der Vorwurf: Ralf S. soll der Täter des Anschlags auf den S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn vom 27. Juli 2000 sein. Fast 17 Jahre lang hatte die Polizei erfolglos nach dem Täter gesucht. Nun erfolgte die Festnahme. „Das Gesamtbild belastet den Verdächtigen schwer“, sagt am Nachmittag Kriminaldirektor Markus Röhr.

Bei dem Anschlag war eine Handgranate explodiert, die

in einer Tüte an einem Geländer des S-Bahnhofs hing. Sieben Frauen und drei Männer wurden teils schwer verletzt. Sechs von ihnen waren Mitglieder lokaler jüdischer Gemeinden. Der Anschlag hatte für bundesweites Aufsehen gesorgt.

Die Polizei aber tappte lange im Dunklen. 1.400 Zeugen befragte sie, mehr als 300 Spuren wurden verfolgt, 69.000 Akten-seiten angehäuft. Eine „heiße Spur“ aber fehlte – bis zum Juli 2014. Da meldete sich laut Ermittler Udo Moll ein Mann aus der JVA Castrop-Rauxel. Ein Mitinhaftierter, Ralf S., habe ihm gestanden, den Wehrhahn-Anschlag mit einer ferngezündeten Bombe verübt zu haben. S. saß damals in Haft, weil er eine Geldstrafe nicht bezahlt hatte. „Jede Akte, jede Spur wurde darauf neu durchleuchtet“, sagte Kriminaldirektor Markus Röhr.

Für die Ermittler war Ralf S. kein Unbekannter. Schon wenige Tage nach dem Anschlag befragten sie ihn als Verdächtigen. S. aber behauptete, er sei zur Tatzeit zu Hause gewesen. Die Ermittler konnten es nicht entkräften.

Nun aber stießen sie auf zwei weitere Zeugen, die aussagten, S. habe bereits im Vorfeld den Anschlag angekündigt gehabt. Auch zog die damalige Alibi-Zeugin ihre Aussage zurück. Zudem, so Moll, wurde ein Vorfall bekannt: Vor der Tat hätten zwei Neonazis Schüler der Sprachschule bedroht. Sie wur-

den vertrieben und flüchteten damals in den Laden von Ralf S. Dieser Vorfall, so Moll, könnte die Tat ausgelöst haben.

Für Oberstaatsanwalt Ralf Herrenbrück ist klar: „Der Tat lag eine fremdenfeindliche Absicht zugrunde.“ S. habe alle seine Probleme Ausländern zugeschrieben. Der Vorwurf laute auf versuchten Mord. Nur durch Zufall sei es zu keinen Todesopfern gekommen.

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) sagte, „es ist wichtig, dass die Opfer endlich erfahren, wer dieses feige und hinterhältige Verbrechen verübt hat“. Michael Szentei-Heise von der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sprach von „vorsichtigem Optimismus“. „Das Verbrechen bekommt die Chance, gesühnt zu werden.“

Am Dienstag wird sich auch der NSU-Untersuchungs-

schuss in NRW in einer Sonder-sitzung mit dem Anschlag Wehrhahn beschäftigen. Ausschusschef Sven Wolf (CDU) freute sich nun über die Festnahme. Die langen Spekulationen über eine rechtsextremes Motiv seien nun beendet.

Gegen Ralf S. erließ ein Richter inzwischen Haftbefehl. S. bestreitet die Vorwürfe und schweigt. Bis zuletzt bot der ehemalige Bundeswehrangehörige seine Dienste als „Sicherheitsberater“ an, bewarb „Survival Outdoor Trainings“.

Seine Gesinnung hatte sich der 50-Jährige wohl bewahrt. Im Internet zeigte er sich in Tarnkleidung oder bei einem Schießtraining. Zum Weihnachtsfest versandte er Grüße auch an „Kameraden“. Später fragte er: „Was aber wollen wir? Ruhe, Friede oder Multikulturelle?“

„Der Tat lag eine fremdenfeindliche Absicht zugrunde“

STAATSANWALT RALF HERRENBRÜCK



Hier, am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn, explodierte am 27. Juli 2000 die Splitterbombe. Sie hing an der Fußgängerbrücke Foto: Henning Kaiser/ddp

## Sein Militaria-Geschäft war ganz in der Nähe

**BLICK ZURÜCK** Schon kurz nach der Tat sprachen Antifa-Gruppen von einer möglichen Beteiligung des vorbestraften Neonazis

BERLIN taz | Es war ein Anschlag, der die Republik erschütterte: Am 27. Juli kurz nach 15 Uhr detonierte am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn ein selbst gefertigter und in einer Plastiktüte deponierter Sprengsatz. Er traf zehn Schüler einer nahe gelegenen Sprachschule im Stadtteil Flingern. Eine junge Frau verlor ihr ungeborenes Baby durch einen Bombensplitter im Mutterleib.

Das Attentat löste eine bundesweite Debatte über die Gefahr von rechts aus. Alle Opfer – sieben Frauen und drei Männer zwischen 24 und 50 Jahren – stammten aus der ehemaligen Sowjetunion. Sechs der aus

der Ukraine, Russland und Aserbaidschan Zugewanderten waren jüdische Kontingentflüchtlinge. Seine Behörde ermittle daher „gezielt und vorrangig in Richtung ausländerfeindlich beziehungsweise antisemitisch motivierte Tat“, verkündete der damalige Sprecher der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft, Johannes Mocken. Doch der oder die Täter konnten nicht ermittelt werden. Sechzehneinhalb Jahre lang.

Allerdings hatte – nur einen Tag nach dem Anschlag – der Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen in Düsseldorf und Umland auf eine mögliche Tatbeteiligung des vorbestraf-

ten Neonazis Ralf S. hingewiesen. Dessen „Survival Security & Outdoor“-Laden, ein Anlaufpunkt der militanten rechtsextremen „Kameradschaft Düsseldorf“, befand sich auf der Gerresheimer Straße in direkter Nähe zum Anschlagort.

Aber als die Polizei sechs Tage nach der Tat sein Militaria-Geschäft, zwei Wohnungen und eine Gartenlaube durchsuchte, fanden die Beamten der eingesetzten Sonderkommission keine Beweise gegen Ralph S. Nach einem Tag in Gewahrsam wurde der damals 34-Jährige wieder freigelassen: Gegen ihn bestünde kein dringender Tatverdacht – und er sei nicht als

Rechtsextremist aufgefallen, behauptete die Staatsanwaltschaft. Das lag wohl daran, dass seine Gewalttaten gegenüber Nichtdeutschen nicht als rassistische Delikte aktenkundig waren.

Nach einem Jahr erfolgloser Spurensuche arbeiteten in der „Ermittlungskommission Ackerstraße“ nur noch eine handvoll Beamte. Anfänglich waren es über hundert Spezialisten gewesen. Die Staatsanwaltschaft glaubte nicht mehr an einen rechtsextremistischen Hintergrund. Niemand hatte sich zu der Tat bekannt – und das stehe im Widerspruch zum Bekenntniseifer der Rechten, hieß es.

Nun spekulierten die Ermittler, die Russenmafia könnte dahinter stecken. Das sei „eine Theorie, die man nicht einfach von der Hand weisen kann“, so Johannes Mocken im Juli 2001. Auch dem damaligen Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) lag die Mafiatheorie „gefühlsmäßig am nächsten“.

Später war noch davon die Rede, dass Dschihadisten aus dem Umfeld der al-Qaida-nahen Gruppe al-Tawhid hinter dem Anschlag stecken könnten. Aber alle Spuren verliefen im Sand. Bis sich jetzt herausgestellt hat, dass der nächstliegende Hinweis doch der richtige war. **PASCAL BEUCKER**